

Inhalt Juni/Juli 2015:

VW: Werkverträge

Der neue Markenchef

DGB gegen TTIP

Der große Kita-Streik

Antifa: Lissy Rieke

Auch bei Volkswagen:

Mittendrin und nicht dabei

Unter diesem Titel berichtete die "metallzeitung" in der Maiausgabe über den Missbrauch Werkverträgen - nicht in Schlachthöfen im Oldenburger Münsterland, sondern in "Musterfabriken" der deutschen Industrie, auch der großen Autokonzerne. Der Blick hinter die Werkstore zeigt: auch Volkswagen betreibt Lohndumping durch Werkverträge.

Ein Beispiel in der Reportage der "metallzeitung": die "Entscheidung des Automobilherstellers BMW, einen Teil der Logistik auszugliedern und an eine Werkvertragsfirma... zu vergeben. Der Auftrag: Autoteile für den internationalen Versand in die Montagewerke im Ausland zu verpacken. Das hatten vorher überwiegend BMW-Beschäftigte zu IG Metall-Tarifen gemacht. Dann verpackten die Beschäftigten der BLG Wackersdorf für einen Bruchteil des Entgelts..."

Wie sieht es bei uns aus?

Hansmann: Logistik zum Hungerlohn Die eine Kollegin arbeitet Volkswagen Osnabrück am Montageband. Sie musste jahrelang auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie 5% ihres Monatslohns verzichten als "Arbeitnehmerbeitrag" zum Aufbau des Standortes. Doch seit 1. Januar bekommt sie wieder den vollen Metalltarif Osnabrück-Emsland. Damit bringt sie in der Entgeltgruppe 4 H mit 20% Akkordzuschlag im Monat 3.427,20 Euro brutto nach Hause- wenig genug im Verhältnis zu den Dividenden der Großaktionäre. Bei einer 35-Stundenwoche ist das ein Stundenlohn von ca. 22,50 Euro.

Der Kollege, der ihr die Teile ans Band liefert, arbeitet auch bei

50% Stammbelegschaft 30% Leiharbeiter 20% Werkvertragnehmer

Drei-Klassen-Gesellschaft in Unternehmen

Volkswagen - aber in seinem Vertrag auf seiner Jacke "Hansmann". Dieser kleinen Unterschied kommt ihn teuer zu stehen: er bekommt pro Stunde 9,80 Euro, also weniger als die Hälfte der Volkswagen-Kollegin. Das reicht auch bei 40 Stunden in der Woche nicht für seine Familie – also muss er sein Einkommen mit "Hartz vier" aufstocken, um über die Runden zu kommen.

Sein anderer "Hansmann"-Kollege wiederum bekommt etwa das Gleiche, ist aber als Leiharbeiter bei der Firma "Altevogt". Er hat also keinen festen Vertrag und könnte jederzeit "abgemeldet" werden...

Missbrauch stoppen!

"Missbrauch" von Werkverträgen beginnt laut IG Metall "dann, wenn Unternehmen Arbeit an Dienstleister vergeben, um auf dem Rücken der Beschäftigten Geld zu sparen..."

(metallzeitung 5/2015). Dies ist bei "Hansmann" eindeutig der Fall, ebenso bei Voith und anderen Firmen, welche Volkswagen als "industrienahe Dienstleister" nutzt.

Der Vergleich mit Amazon zeigt auch den einzigen Weg, die Verhältnisse bei "Hansmann" und anderen "industrie-Dienstleistern" nahen fiir Arbeitenden zu verbessern. Ohne die Betroffenen kann weder der Betriebsrat von Volkswagen noch die IG Metall etwas verändern. Wenn diese Beschäftigten sich aber zusammentun und sich in der IG Metall organisieren, dann bilden sie eine Kraft und können auf Dauer ihre Lage verändern. Und für den Eintritt in die IG Metall müssten sie nicht einmal zum Gewerkschaftshaus gehen - jeder Betriebsrat oder Vertrauensmann von Volkswagen hilft ihnen da sicher gerne weiter... *

Neuer Markenchef bei VW:

"Sanierer" auf den Spuren Bernhards?

Mit dem Rücktritt von Ferdinand und Ursula Piëch aus dem Aufsichtsrat scheint der Machtkampf an der Spitze von Volkswagen erst einmal beendet.

Nicht beendet ist damit die ständige Jagd des Porsche/ Piëch-Clans mit seinen 51 % der Stammaktien nach maximaler Rendite. Interessant war darum ein Bericht des "manager magazin" über den vorgesehenen neuen Vorstandsvorsitzenden der Marke VW, Herbert Diess.

Dort heißt es, dieser habe "auf seiner Bildungsreise durch die Werke... Autofabriken" vorgefunden, "bestückt mit einer Vielzahl Hightechmaschinen trotzdem noch sehr vielen Arbeitern. immer wieder stoppende Bänder. Modern und rückständig zugleich sei all das... Definitiv überinvestiert..." Diess übernehme mit der Marke Volkswagen einen "San-



Der Neue: Herbert Diess

ierungsfall" und habe nun die Aufgabe: "Die Kernmarke aufpolieren, die Kosten senken, die Rendite fast verdreifachen".

Als Stimme der Aktionärs-Interessen beklagt das "manager magazin" dann die während und durch den Machtkampf auf der Kapitalseite gestärkte Stellung des Betriebsrates und dessen Vorsitzenden Osterloh. Dessen Unterstützung für Winterkorn habe einen "hohen Preis...: Die deutschen Werke sind heilig. Wer

dort eingreifen will, die Effizienz gar per Personalabbau verbessern, der riskiert seine Zukunft im Konzern". Erinnert wird in diesem Zusammenhang an den "Sanierer" Bernhard, dessen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten gescheitert war. Ganz besonders trauert das Kapitalisten-Blättchen dann darüber. "kurzfristig benötigte Leiharbeiter langfristig beschäftigt und in die Stammbelegschaft übernommen werden" (alle Zitate: "manager magazin", Mai 2015).

Solche Töne unterstreichen den Aufruf vom "Kollegen Paul" im letzten "Käfer", wir sollten uns "darauf einrichten, dass auch bei Volkswagen der Wunsch der Patriarchen" – ob mit oder ohne Aufsichtsratsposten – "nach höheren Profiten auch mal härtere Gegenwehr von uns erfordern könnte, als wir das bisher kennen...

*

DGB mobilisiert gegen Freihandelsabkommen

Am 10. Oktober in Berlin auf die Straße, um TTIP & CETA zu stoppen

In dem vom DGB unterstützten Aufruf heißt es u.a.:

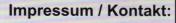
Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln.

Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine

Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für Zukunft sichern. nationale internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt res-

pektieren und stärken sowie die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben. Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung



DKP Osnabrück ViSdP: Lars Mörking Website: dkpos.blogsport.de

...wir treffen uns jeden ersten und dritten Mittwoch in der Lagerhalle Osnabrück

Hinweise, Kritik, Lob an die Redaktion?
Wir freuen uns über Zuschriften an:
osnabrueck@dkp-niedersachsen.de



Der große Kita-Streik in Osnabrück

Bei Redaktionsschluss ist die Schlichtung noch nicht beendet, die KollegInnen der sozial- und Erziehungsdienste kämpfen weiter für eine Aufwertung ihrer Berufstätigkeit. Über die vom ver.di-Bezirk organisierte Streikdemo in Osnabrück berichtete die UZ wie folgt:

"Mehr als beim 1. Mai" seien gekommen, sagt eine Erzieherin aus Osnabrück, die seit über 25 Jahren ihren Beruf ausübt. Sie ist eine der wenigen, die den Vergleich anstellen kann, denn die meisten der über 1000 KollegInnen, die an diesem Tag die Streikdemo in Osnabrück bilden, haben die Veranstaltungen des DGB am 1. Mai noch nie besucht.

Es ist die dritte Woche des Streiks – durchgängig, unbefristet, so lautet der Beschluss der Konferenz der Streikdelegierten in Fulda. Ich stelle mir vor, was in anderen Bereichen (z.B. Automobilindustrie) los wäre, wenn drei Wochen am Stück gestreikt würde... unvorstellbar?

War es für die meisten der hier Anwesenden vor ein paar Monaten auch noch. Der letzte Streik in diesem Bereich ist über fünf Jahre her, die Beteiligung war wesentlich geringen. "Da hat ja kaum einer mitbekommen, dass wir überhaupt gestreikt haben", sagt die Kollegin, die neben mir läuft. "Jetzt geht fast nichts mehr bei uns." haben es geschafft, Arbeit"geber": Sie haben das Fass tatsächlich zum Überlaufen gekriegt. Mieser, seit Ewigkeiten unveränderter Betreuungsschlüssel, unbezahlte Ausbildungsphase (vier Jahre Fachschule), Personalmangel, aufgezwungene Teilzeitbeschäftigung, ständig anwachsende Anforderungen bei ständigem Sparzwang bei gleichzeitiger Unverfrorenheit in den Tarifverhandlungen. Kein Angebot. Null.

Es mag daran liegen, dass die Kommunen durch den Streik Lohnkosten sparen, ohne dass Einnahmen in gleichem Maße ausbleiben. Es mag auch daran liegen, dass die Arbeit-"geber" wissen, dass ein Erfolg der ErzieherInnen ein Signal an andere Bereiche - vor allem Pflege / Gesundheit - wäre, dass Kämpfen sich lohnt. Es liegt auf jeden Fall daran, dass auf keinen Fall umverteilt werden soll. nicht innerhalb der Staatshaushalte zugunsten der Kommunen und schon nicht durch Vermögensbesteuerung zulasten der Reichen und Mächtigen in diesem Land.

In den Medien lautet der Tenor: Eine gute Kinderbetreuung sei aus vielen

Gründen so ungeheuer wichtig, dass Streiks zur Verbesserung genau dieser Betreuung das falsche Mittel sei. So wie ja auch Streiks gegen den drohenden Kollaps des Gesundheitswesens nicht zulässig sein sollen, wenn es nach dem Vorstand der CSU geht. Sie will das Streikrecht über das Tarifeinheitsgesetz hinaus schränken, vor allem in "Bereichen Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastrukturen". Statt darüber zu schreiben, wie unglaublich die Spar- und Privatisierungspolitik letzten Jahrzehnte in den "Bereichen der Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastrukturen" versagt hat, soll den Beschäftigten, die für Verbesserungen kämpfen, ihr Kampfmittel genommen werden. Auf solche Drehs muss man erst einmal kommen.

Das Problem ist ein gesellschaftliches, die ErzieherInnen brauchen entsprechende Unterstützung. Der (Kosten-)Druck wurde und wird auf Kosten von Erzieher-Innen und Kindern erhöht – wie in anderen Bereichen auch: Unbezahlte Arbeit, keine Pause, Unterbesetzung nicht nur bei krankheitsbedingten Ausfällen... das ist bereits Realität. *•

Aus: Unsere Zeit - Zeitung der DKP

Unsere Einladung:

"Roter Käfer"-Fest 2015

Das nächste UZ-Pressefest wird voraussichtlich vom 1.-3. Juli 2016 in Dortmund (Revierpark Wischlingen) stattfinden...

In diesem Jahr findet das Gartenfest der DKP-Betriebszeitung "Roter Käfer" am Samstag, den 11. Juli in Bramsche statt - viel kleiner, viel lokaler als das UZ-Pressefest, dafür gleich um die Ecke.

Für Essen und Trinken wird gesorgt, Live-Musik gibt es von Achim Bigus und der Songgruppe Agitprop Hannover:

www.hannover.agitprop.cc/

Samstag, 11. Juli, ab 17 Uhr

Infos & Anmeldung unter:

osnabrueck@ dkp-niedersachsen.de





Osnabrücker*innen gegen Hitler

Zum Beispiel: Lissy Rieke

Zum siebzigsten Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus wollen wir in dieser und den nächsten Ausgaben des "Roten Käfer" an Menschen aus Osnabrück erinnern, die am Kampf gegen das Hitler-Regime teilgenommen haben. Beginnen möchten wir mit Lissy Rieke.

Nach Lissy Rieke wurde 1989 eine Straße benannt, die von der Sutthauser Straße abzweigt und an der heute ein Einkaufszentrum liegt. 2008 wurde für sie ein Stolperstein verlegt (Wiesenbachstraße 24). Wer war diese mutige junge Frau aus Osnabrück?

Luise ("Lissy") Rieke wurde am 18. August 1913 in Osnabrück geboren. Mit sechzehn Jahren trat sie dem Kommunistischen Jugendverband in Osnabrück bei. Freude an Gesang und Spiel führte sie in eine "Agitprop-Truppe", die den Kampf gegen Militarismus und Faschismus mit satirischen Szenen unterstützte.

Im August 1933 ging sie als Hausangestellte nach Hilversum in die Niederlande. 1939 übersiedelte sie nach Amsterdam. Als in den Jahren



1941 und 1942 Instrukteure des Zentralkomitees der KPD nach Deutschland gingen und die illegale Tätigkeit der Bezirksorganisationen im Ruhrgebiet verstärken halfen, war Lissy Rieke unter ihnen. Bei der Antifaschistin Margarete Stupp in Duisburg fand sie Unterkunft und hielt mit ihr zusammen Kontakt zu niederländische Rheinschiffern, denen sie Nachrichten und Materialien für die deutschen Antifaschisten in den Niederlanden mitgaben. Beide Frauen beteiligten sich an der Verbreitung von Flugblättern und der periodisch

erscheinenden illegalen "Ruhr-Echo" und "Friedenskämpfer". Im 19. Januar 1943 gerieten sie und Margarete Stupp in die Hände der Gestapo. Beide wurden maßlos misshandelt. 1944 Im August verurteilten die Blutrichter des Volksgerichtshofes sie zum Tode. Am 5. Januar 1945, vier Monate vor der Befreiung, wurde sie in Dortmund hingerichtet.

Die Kurzbiografie Lissy Riekes ist unter: *kurzlink.de/riekebio* (pdf-Dokument) abrufbar. Weitere Infos gibt es unter: *kurzlink.de/lissyrieke* *

AfD, PEGIDA & Co.

Der Aufstand des "Abendlandes"?

Eine neue Massenbewegung macht in Deutschland von sich reden: PEGIDA. Sie läuft Sturm gegen "Überfremdung", "Parteienstaat"und "Lügenpresse". Was in Dresden begann, hat Nachahmer andernorts gefunden. Dass die Demonstrierenden nicht immer auf öffentliche Gegenliebe stoßen, brandmarken sie als Unterdrückung abweichender Meinungen. Überdeckt werden dabei die Sympathien, die PEGIDA & Co. seitens honoriger gesellschaftlicher und politischer Kräfte genießen, derzeit gruppiert vor allem, aber nicht nur, um die "Alternative für Deutschland". Andererseits segeln Windschatten von PEGIDA Hooligans wie die von HoGeSa und andere Schläger. Neu sind solche Proteste indes nicht.

Bereits vor Jahren startete in Köln ein Kreuzzug sich selbst als "Bürgerbewegung" inszenierender Rechtspopulisten gegen eine angebliche Islamisierung, und auch die Bildung einer rot-rot-grünen Landesregierung mit einem linken Ministerpräsidenten trieb "besorgte Bürger" auf die Straße. Wie auch immer PEGIDA sich entwickeln mag, wird dieses Potential nicht einfach verschwinden. Eine deutsche Besonderheit ist all dies aber nicht.

In anderen europäischen Ländern existieren seit Jahren wirkungsmächtige rechte Bewegungen mit Ablegern auch im parlamentarischen Raum. Sie basteln an einem alternativen Gesellschaftsprojekt von rechts. Mit den aktuellen Umbrüchen in der politischen Szene in Deutschland könnte Vergleichbares auch hierzulande anstehen.

Vortrag mit:
Phillip Becher
(Sozialwissenschaftler,
Universität Siegen)
Dienstag 21. Juli
19.30 Uhr

Lagerhalle Osnabrück Raum 207



Eine Veranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten